



Anders Wachsen. Eine wohlfahrtsorientierte Politik für Thüringen.

Zusammenfassung der Studie „Der regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen – 1999 bis 2010“ mit Gastbeiträgen von Ralf Fücks, Reinhard Bütikofer und Prof. Dr. Hans Diefenbacher“

Inhaltsverzeichnis

Anja Siegesmund: Einleitung	3
Hans Diefenbacher: Einige Anmerkungen zur Diskussion des Regionalen Wohlfahrtsindex.....	6
Ralf Fücks: Intelligent wachsen. Die grüne Revolution	10
Reinhard Bütikofer: Einige Gedanken zur Überwindung falscher Alternativen. Anders wachsen mit dem Green New Deal.....	13
Anja Siegesmund: Handlungsfelder einer wohlfahrtsorientierten Politik für Thüringen ..	16
Wie hältst Du es mit Wachstum und Wohlfahrt? Texte zur Fragestellung von Anja Siegesmund, Astrid Rothe-Beinlich, Dirk Adams, Jennifer Schubert, Carsten Meyer und Frank Augsten	19
Hans Diefenbacher: Der Regionale Wohlfahrtsindex Thüringen. Zusammenfassung der Studie.....	20

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl

www.twitter.com/gruenethl

www.flickr.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

Die Langfassung der Studie,
ist abrufbar unter:



<http://gruenlink.de/p7p>



Liebe Leserin, lieber Leser,

höher, schneller, weiter. Unsere Gesellschaft will immer mehr. Wer Fortschritt will, muss Schritt halten. Aber um welchen Preis? Und ist immer mehr genug?

Jede und jeder weiß, es kann kein unendliches Wachstum in seiner jetzigen Form geben. Dennoch wird in der politischen Debatte immer wieder auf Wachstumsindikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurückgegriffen. Steigt das BIP, steigt die Laune an den Märkten und alles scheint

gut. Werden zuvor getroffene Prognosen nicht erreicht, setzt die Tagesschausprecherin eine ernste Miene auf. Sorgenvoll klingt dann der Nachrichtenblock aus. Dabei bemisst das BIP den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die von einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres produziert oder über den Markt getauscht werden. Ein Wachstum des BIP von jährlich 3 Prozent würde jedoch eine Verdopplung dieses Wertes innerhalb einer Generation bedeuten. Eine solche Entwicklung kann nur zu Lasten kommender Generationen oder auf Kosten des „geplünderten Planeten“ geschehen, wie Ugo Bardi es beschreibt.

Aber entscheidet der Indikator BIP wirklich über unsere Lebensqualität? Geht es uns allen oder wenigstens einer Mehrheit von uns tatsächlich besser, wenn das BIP steigt? Ist Wirtschaftswachstum wirklich gleichzusetzen mit Wohlstand oder gar Wohlfahrt? Messen wir überhaupt das Richtige? Spätestens seit der Club of Rome im Jahr 1972 seinen Bericht vorlegte, stellen immer mehr Menschen auf allen Kontinenten der Erde, unter ihnen viele Ökonomen und andere Wissenschaftler, diese Ratio in Frage und fordern eine stärkere Orientierung an gesamtgesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen. Auch die Europäische Kommission, die französische Regierung und der Deutsche Bundestag haben sich bereits mit der Frage auseinandergesetzt, wie Wohlstand und sozialer Fortschritt künftig gemessen werden sollen.

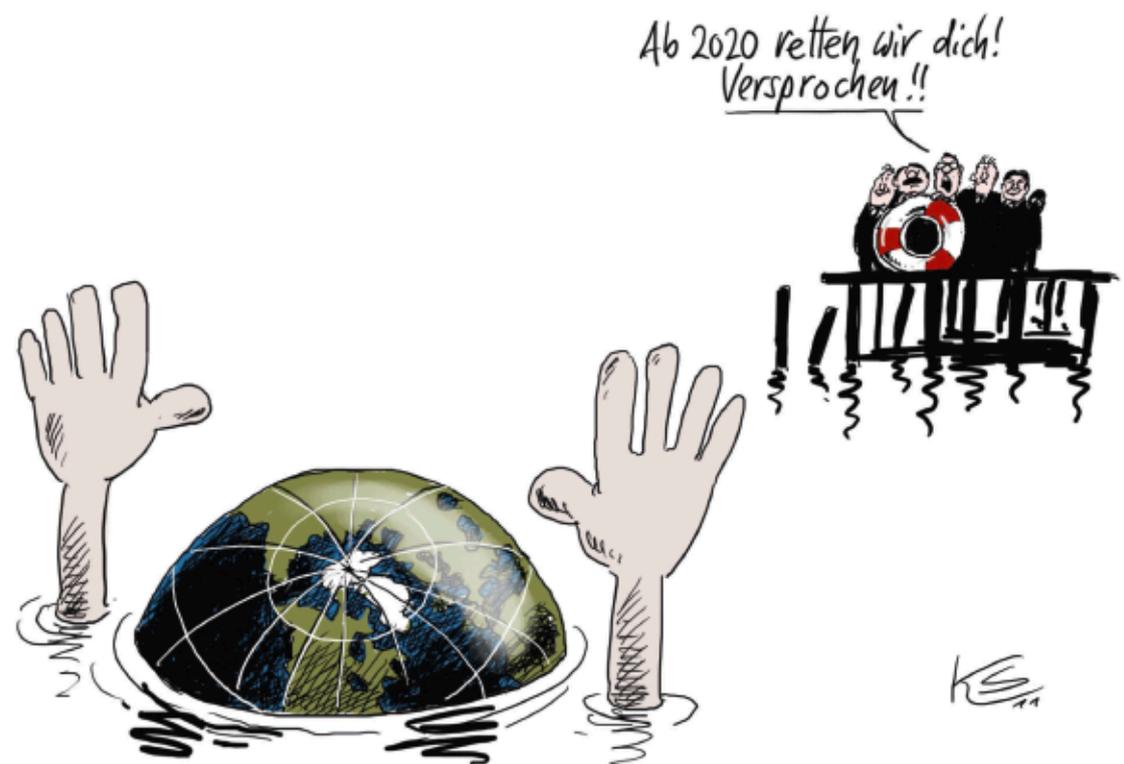
Unter allen Vorschlägen herrscht Konsens darüber, dass sich das Bruttoinlandsprodukt nicht als alleiniger Maßstab für das Wohlergehen einer Gesellschaft eignet – dies war von den Erfindern des Konzeptes auch nie beabsichtigt. Simon Kuznets, einer der geistigen Väter des BIP, warnte ausdrücklich vor einer Über- oder Fehlinterpretation des BIP für die Politik. Bereits 1962 forderte er dazu auf, bei Wachstum zwischen Quantität und Qualität, Kosten und Nutzen, kurzfristigen und langfristigen Effekten zu unterscheiden. Aber warum dann das BIP auf den Sockel stellen? Warum an einer Formel festhalten, die zwar Wachstum messen kann, aber die Endlichkeit von Ressourcen, ökologische Schäden und auch die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Kosten komplett ausblendet?

Eines der diskutierten Modelle der gesellschaftlichen Berichterstattung stellt der sogenannte Regionale Wohlfahrtsindex dar, welcher neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Faktoren in die Berechnung einbezieht. Nach der bündnisgrünen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein haben wir, die Thüringer Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

uns ebenfalls entschieden, diesen Index einmal für unser Land durchrechnen zu lassen. Die Ergebnisse dieser von Prof. Dr. Hans Diefenbacher und Dorothee Rodenhäuser angefertigten Studie werden im vorliegenden Band präsentiert.

Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen (RWI) zeigt auf, wie sehr sich die Entwicklungskurve Thüringens verändert, wenn sie nicht allein den wirtschaftlichen Umsatz innerhalb eines Landes berücksichtigt, sondern auch Faktoren wie Investitionen in Bildung und Gesundheit, Heimarbeit oder die Belastungen der Umwelt einbezieht. Unter dem Titel „Wachstum ohne Ende?“ wurden die angestellten Berechnungen im Rahmen einer gemeinsamen Tagung von der Fraktion, der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen und dem Postwachstumskolleg der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutiert. Die Erkenntnisse dieser Diskussion dienen uns als Basis für unseren weiteren Einsatz für eine nachhaltige, zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Politik in Thüringen.

Für eine zukunftsfähige Politik stellt das alleinige Festhalten am BIP eine unzulässige Verkürzung dar, die zudem der Illusion vom unendlichen Wirtschaftswachstum verhaftet ist. Eine allein am BIP orientierte Politik sucht immer nur die kurzfristig optimale Ausnutzung eines Systems und aller Ressourcen. Will man aber Nachhaltigkeit, trägt dieses Prinzip nicht. Die Bankenkrise der vergangenen Jahre ist dafür ein Beispiel. Für kurzfristiges Wachstum wurde langfristige Stabilität geopfert. Am Ende drohte der Kollaps des gesamten Systems und mit diesem auch das Ende unseres Wohlstandes. Vor dem Hintergrund solcher Diskrepanzen plädieren wir mit den Autoren unserer Studie für eine Perspektivverschiebung der Landespolitik:



„Die Chance einer Neuorientierung besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass ökologische Schäden und soziale Schieflagen möglichst gar nicht erst entstehen. Auf diese Weise würden Folgekosten eingespart, die bislang kaum beachtet worden sind und die im Endergebnis nicht mehr im bisherigen Umfang anfallen würden.“

Dabei geht es uns nicht um Revolution. Der Begriff des Wachstums muss nicht notwendig aufgegeben, aber doch anders gefüllt werden. In den Mittelpunkt der Diskussion gehört nicht die Mehrung des ökonomischen und finanziellen Kapitals, sondern das Wachstum von individueller Lebensqualität und gesellschaftlicher Wohlfahrt.

Wie dies politisch zu denken ist, umreißen sowohl die angefügten Beiträge von Ralf Fücks und Reinhard Bütikofer als auch die persönlichen Statements der Mitglieder unserer Fraktion.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. Ihre



Anja Siegesmund
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Weiterführende Literatur:

- Ugo Bardi: Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen. München 2013
- Ralf Fücks: Intelligent wachsen. Die grüne Revolution. München 2013
- Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München 2013
- Niko Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München 2012
- Robert und Edward Skidelsky: Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München 2013
- Zukunftsfähiges Deutschland. In einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie. 2010.



*Prof. Dr. Hans Diefenbacher,
Wirtschaftswissenschaftler,
stellvertretender Leiter der
FEST Heidelberg*

Prof. Dr. Hans Diefenbacher

Einige Anmerkungen zur Diskussion um den Nationalen und den Regionalen Wohlfahrtsindex

In den Diskussionen zum Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) oder zu seinen regionalen Varianten (RWI) tauchen einige Fragen immer wieder auf. Diese seien im Folgenden aufgegriffen, nicht um sie endgültig aus der Welt zu schaffen, sondern um Anregungen zur weiteren Diskussion zu geben.¹

Ist Wohlfahrt überhaupt messbar?

Es wird mittlerweile kaum mehr bestritten, dass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlfahrtsmaß nicht eignet. Eine sehr viel weiter gehende Kritik an Versuchen der Wohlfahrtsmessung bestreitet aber generell, dass Wohlfahrt statistisch messbar sei, denn es gibt für Wohlfahrt, gleichgültig, was man darunter versteht, keine in naturwissenschaftlichem Sinne objektive Maßeinheit. Dennoch kann für jedes klar definierte Wohlfahrtskonzept auch eine empirische Umsetzung versucht werden. Im Fall des Nationalen oder Regionalen Wohlfahrtsindex ist allerdings keine so genannte „kardinale“ Messung sondern nur ein „ordinaler“ Vergleich der Ergebnisse möglich. Mit anderen Worten: Am Verlauf einer Zeitreihe kann festgestellt werden, ob der NWI/RWI steigt oder fällt. Aus einer Verdoppelung der Indexwerte kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass die Wohlfahrt jetzt exakt zwei mal so hoch ist wie vor diesem Anstieg. Diese Eigenschaft der Interpretation gilt nebenbei auch für das BIP: Wohl kann man eine Verdoppelung des Wertes der über den Markt getauschten Güter und Dienstleistungen exakt numerisch als Verdoppelungen interpretieren. Aber auch hier wäre es ganz unzulässig zu sagen, dass sich dies als eine Verdoppelung der Wohlfahrt interpretieren ließe. Dies gilt auch auf der Ebene von Einzelpersonen und Haushalten: Wenn jemand sein Einkommen verdoppelt, heißt das noch lange nicht, dass es ihm oder ihr genau doppelt so gut geht.

Ist nicht jedes Wohlfahrtsmaß willkürlich?

Die Wissenschaftlichkeit von Wohlfahrtsmessungen wird auch mit der Begründung angezweifelt, dass jedes Wohlfahrtsmaß voller kontroverser Werturteile stecke. Zwei Überlegungen sind es vor allem, die Wohlfahrtsmessungen dennoch als sinnvoll erscheinen lassen. Zum einen: Natürlich unterliegen gesellschaftliche Konzepte von Wohlfahrt einem historisch bestimmten Wandel. Dies gilt auch für die Zielsetzungen der statistischen Berichterstattung, die sich in der Regel – mit einer gewissen Zeitverzögerung – an den Fragen orientiert, die in der Gesellschaft diskutiert werden. Ebenso selbstverständlich ist es, dass Menschen ihre Lebens-

¹ Fünfzehn solcher häufig gestellter Fragen werden auch im Endbericht zur Weiterentwicklung des NWI zum NWI 2.0 betrachtet; vgl. Diefenbacher, Hans/Held, Benjamin/Rodenhäuser, Dorothee, Zieschank, Roland (2013): NWI 2.0 – Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin: FEST/FFU, URL: http://fest-heidelberg.de/images/FestPDF/nwi_2_0_langfassung.pdf, S. 220 – 247.

qualität unterschiedlich definieren. Aber dass normative Entscheidungen und Werturteile einem Wohlfahrtskonzept zugrunde liegen, heißt nicht, dass der Grad seiner Verwirklichung nicht messbar sei; gefordert werden muss lediglich, dass dessen Grundlagen, die dann auch Ausdruck in den Messkonzepten finden müssen, offen gelegt und ihre Übersetzung in Statistik sehr transparent gemacht werden muss. Zum anderen: Wohlfahrtsmessungen können normative Kontroversen nicht auflösen. Indem sie aber ein bestimmtes Konzept statistisch abzubilden versuchen, führen sie zu einem Prozess der Auseinandersetzung und zu einem Dialog über das jeweilige Verständnis von Wohlfahrt, auf der die statistische Berichterstattung aufbaut. Wenn – wie im RWI – Umweltschäden, Einkommensverteilung, ehrenamtliche Arbeit und Hausarbeit im Wohlfahrtsmaß explizit betrachtet werden, wird damit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass diese Aspekte des gesellschaftlichen Lebens wohlfahrtsrelevant sind. Damit wird eine Möglichkeit eröffnet, sehr konkret zu diskutieren, welche Zielsetzungen für eine Gesellschaft wichtig sind.

Ist der RWI besser als das Bruttoinlandsprodukt?

Der RWI ist nicht besser, es wird lediglich anders gerechnet, weil im RWI ein anderes Wohlfahrtskonzept als im BIP zugrundegelegt wird. Nicht nur die über den Markt vermittelte Wertschöpfung wird berücksichtigt, sondern eben auch Hausarbeit und Ehrenamt; nicht nur die Produktion, sondern auch der Verzehr von Naturkapital, außerdem ökologische und soziale externe Effekte. Würden sich Öffentlichkeit, Medien und Politik am RWI orientieren, würden ganz andere politische Maßnahmen zum Erfolg – also zu einer Steigerung des Index – führen als das bei der Ausrichtung am BIP der Fall ist. Insofern kann der RWI besser geeignet sein, um bestimmte politische Zielsetzungen zu transportieren. Wer sich nur an der ökonomischen Wertschöpfung am Markt orientieren will, ist mit dem BIP besser bedient.

Der RWI spiegelt mein subjektives Erleben der Entwicklung Thüringens nicht wieder.

Jedes Land, jedes Bundesland ist sehr vielfältig. Es gibt Land- oder Stadtkreise, die ökonomisch besser entwickelt sind als andere, weniger durch Arbeitslosigkeit belastet sind; andere wiederum mögen im Blick auf den Zustand der Umwelt besser da stehen oder eine niedrige Kriminalitätsrate oder wenig Verkehrsunfälle aufweisen. Und nicht nur die Land- oder Stadtkreise sind sehr unterschiedlich, auch innerhalb der Kreise kann es extreme Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen geben. Und schließlich können verschiedene Menschen auf ähnliche Situationen oder Entwicklungen sehr unterschiedlich reagieren: Es ist empirisch belegt, dass Menschen zum Beispiel auf ein bestimmtes Niveau der Lärmbelastung sehr unterschiedlich reagieren. Was dem einen als unerträglich erscheinen mag, stört den anderen nur am Rande. Allerdings erhebt der RWI nicht den Anspruch, solche subjektiven Komponenten der Wohlfahrtsbetrachtung zu erfassen.

Der RWI bietet eine Gesamtschau des Bundeslandes Thüringen. Da mag es sein, dass eine bestimmte Person subjektiv ausschließlich die „Sonnenseite“ der Entwicklung erlebt hat und aus diesem Grund ein Sinken des RWI für unplausibel hält. Andere Diskrepanzen könnten aber in der Tat daher rühren, dass es unterschiedliche Auffassungen in der Bewertung von positiven und negativen Komponenten des RWI gibt. In diesem Fall sollte man sich aber vor Augen führen, dass die Schadenskosten immer „konservativ“ angesetzt werden, das heißt, dass es höchst unwahrscheinlich ist, dass sie geringer ausfallen als im RWI veranschlagt wird.

Im RWI werden sehr unterschiedliche Komponenten gegeneinander aufgerechnet; ist das sinnvoll?

Es ist richtig, dass im RWI eine Zunahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten positiv bewertet wird, die Zunahmen von CO₂-Emissionen negativ, und auf diese Weise eine Zunahme der ehrenamtlichen Tätigkeiten, die höher ausfällt als eine Zunahme der CO₂-Emissionen, per Saldo zu einem Anstieg des RWI führt. Aber dieses „Schicksal“ trifft alle hoch aggregierten Maße: Das BIP könnte zum Beispiel deutlich steigen, wenn der Fahrzeugbau in Deutschland zunimmt und gleichzeitig die Landwirtschaft stark zurückgeht; die negativen Folgen im Bereich der Landwirtschaft kämen auch hier im BIP nicht zum Vorschein.

Wenn man sich für hoch aggregierte Indices entscheidet, dann ist es immer erforderlich, die Ergebnisse der Zeitreihe sorgfältig zu interpretieren. Wenn aus einer Analyse der Zeitreihe Politikmaßnahmen abgeleitet werden sollen, dann müssen zusätzlich immer auch noch die Zeitreihen der einzelnen Komponenten im Index betrachtet werden. Nur dann können solche Diskrepanzen offen gelegt und dann auch bearbeitet werden.

Der RWI bewertet Konsum durchweg positiv. Was ist mit überflüssigem Konsum?

Der private Verbrauch geht als positiver Faktor in den RWI ein, gleichgültig, was konsumiert wird. Dies wird deshalb so gemacht, weil in keiner Form eine Bewertung des Konsums im Wohlfahrtsmaß vorgenommen werden soll; würde ein „grüner Diktator“ vermutet werden können, der den Menschen vorschreiben wollte, was sie zu konsumieren haben, wäre die Akzeptanz jedes Wohlfahrtsmaßes schnell verloren.

Damit soll nicht abgestritten werden, dass es Konsumgewohnheiten gibt, die für Menschen schädlich sind: zu viel Alkohol, Tabak, bestimmte Ernährungsgewohnheiten etwa. Hier können Folgekosten zumindest beispielhaft erfasst und berücksichtigt werden. Konsum, der aus kompensatorischen oder Status erhaltenden Gründen getätigt wird, sonst aber keine Zufriedenheit schafft, kann in einem Wohlfahrtsmaß nicht getrennt ausgewiesen werden, obwohl es unzweifelhaft ist, dass er stattfindet: Konsum, um sich für Arbeitsleid zu entschädigen oder um Nachbarn zu beeindrucken. Dies würde die Grenzen der Bewertung, die in einem Wohlfahrtsmaß eingehalten werden müssen, überschreiten.

Kann ein Bevölkerungsrückgang in einem Land mit einem Wohlfahrtsverlust gleichgesetzt werden?

In der Tat führt ein Rückgang der Bevölkerung in einem Land in der Tendenz auch zu einem Rückgang des RWI: Der Private Verbrauch sinkt, der Wert der Hausarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeiten ebenso, da es einfach weniger Menschen im Land gibt, die arbeiten und konsumieren. BIP und RWI sind sogenannte Inlandsprodukte und keine Inländerprodukte. Vermutlich werden auch die negativ bewerteten Kosten des Alkohol-, Tabak- und Drogenmissbrauchs sinken, eventuell auch die Umweltkosten und der Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger – aber bei einem Rückgang der Bevölkerung ist es hoch wahrscheinlich, dass per Saldo der RWI auch negativ betroffen ist.

Um diesen Faktor in der Betrachtung zu korrigieren, kann ergänzend zum RWI auch der RWI pro Kopf betrachtet werden, wie das auch für Thüringen vorgenommen wurde. Hier sieht man dann, dass der RWI pro Kopf weniger stark sinkt als der RWI. Vorsicht ist aber geboten bei der Interpretation der Differenz zum BIP: Wenn das BIP in der gleichen Zeit steigt, in der die Bevölkerungszahl und der RWI sinkt, dann wurde das BIP ja auch von einer geringeren Zahl von Personen erwirtschaftet. Das bedeutet, dass in dieser Konstellation das BIP pro Kopf stärker steigt als das BIP. Damit bleibt die Differenz zwischen BIP und RWI erhalten.

Mit einem Zitat aus der schon genannten Studie zum NWI 2.0 sollen die hier behandelten Fragen abschließend eingeschätzt werden:²

„In der vorliegenden Studie ist mehrfach betont worden, dass es sich auch beim NWI 2.0 noch um ein ‚offenes System‘ handelt. Das bedeutet, dass der NWI auch weiterhin offen für Verbesserungen in Form von Ergänzungen und Erweiterungen ist; er ist in seiner jetzigen Form Ausdruck des ‚best available knowledge‘, das den beteiligten Konstrukteuren zur Verfügung stand. Dazu gehört auch, die Transparenz hinsichtlich der Auswahlkriterien für die Komponenten, Rechenmethoden und Bewertungsverfahren zu gewährleisten. Der NWI ist – wie alle anderen komplexeren Indikatorensysteme auch – ohne wertende Entscheidungen nicht zu konstruieren, beispielsweise der Zuordnung von monetären Schadensgrößen zu physischen Umweltbelastungen etc.

Man kann in diesen normativen Schritten durchgängig ein Problem sehen und dann davor zurück schrecken. Jedoch würde dann ein solches Informationsinstrument auch nicht konstruiert werden können. Zu ‚best available knowledge‘ gehört deshalb auch ‚best practice‘ hinsichtlich des Prozesses der Indikatorenauswahl, der Indikatorenbegründung, ihrer methodischen Bearbeitung, Aggregation, Interpretation und Darstellung. Mit der Darstellung jeder Teilkomponente hoffen wir, den möglichen Nutzern eine gewisse Sicherheit zu geben, die Bausteine des NWI und seine Logik verfolgen, verstehen und gegebenenfalls anwenden zu können.“

² Ibid., S. 256.



*Ralf Fücks, Grünenpolitiker,
Vorstandsmitglied der
Heinrich-Böll-Stiftung und
Buchautor
Foto: Stephan Röhl*

Ralf Fücks

Intelligent wachsen. Die grüne Revolution.

Vierzig Jahre nach dem Donnerschlag, den der Club of Rome mit seinem Report zu den „Grenzen des Wachstums“ auslöste, hat der Ruf nach der „Postwachstumsgesellschaft“ wieder Hochkonjunktur – zumindest in akademischen Kreisen, in den Feuilletons und auf alternativen Konferenzen. So anregend die Debatte um „Wohlstand ohne Wachstum“ auch sein mag: sie blendet aus, dass wir inmitten einer stürmischen Wachstumsperiode der Weltwirtschaft stehen. Angetrieben wird sie von den Wünschen, Ambitionen und dem Unternehmergeist von Milliarden Menschen, die auf dem Weg in die industrielle Moderne sind.

Die globale Wirtschaftsleistung wird sich in den kommenden 20 bis 25 Jahren glatt verdoppeln. Das ist eine gute, aber auch alarmierende Nachricht zugleich. Gut, weil damit sinkende Kindersterblichkeit, längere Lebenserwartung, bessere Bildung und sozialer Aufstieg in großem Stil einhergehen. Alarmierend, weil eine Verdoppelung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen von heute auf einen ökologischen Super-Gau hinausliefere. Das alte, ressourcenfressende und energieintensive Wachstumsmodell ist nicht steigerbar. Deshalb lautet die zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte, das globale Wachstum in ökologische Bahnen zu lenken. Im Kern geht es um eine Entkopplung von wirtschaftlicher Wertschöpfung und Naturverbrauch.

Nachhaltiges Wachstum erfordert eine doppelte Kraftanstrengung: die kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz sowie eine weitgehende Decarbonisierung der Ökonomie. Das Zeitalter der fossilen Energien geht zu Ende, das solare Zeitalter beginnt. Die alte Formel: Steigerung des Outputs (der Produktion) durch gesteigerten Input (Rohstoffe, Energie) führt zum Ruin des Planeten. Die Formel der Zukunft heißt: aus weniger mehr machen. In den letzten 150 Jahren hat der Kapitalismus vor allem die Arbeitsproduktivität, also die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde, in immer neue Höhen getrieben. Künftig geht es darum, in erster Linie die Ressourcenproduktivität zu steigern. Ein wirkungsvoller Hebel ist die Besteuerung des Verbrauchs knapper Ressourcen. Im Gegenzug kann die steuerliche Belastung von Arbeitseinkommen reduziert werden.

Die ökologische Transformation des Kapitalismus ist ein gewaltiges Innovations- und Investitionsprogramm: es geht um ressourceneffiziente Technologien, regenerative Energien, intelligente Stromnetze, neue Werkstoffe, vernetzte Stoffkreisläufe, Elektromobilität, Modernisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Umbau der Städte, CO₂-Recycling, High-Tech-Biolandwirtschaft etc. Die grüne industrielle Revolution wird so zum Katalysator für eine neue lange Welle des Wachstums, vergleichbar der Elektrifizierung oder dem Siegeszug der digitalen Technologien. Dagegen fallen in einer schrumpfenden Ökonomie auch die Investitionen, die Innovationsrate sinkt. Angesichts des Wettlaufs mit der Klimakrise brauchen wir aber eine Beschleunigung des ökologischen Umbaus.

„Zurück zur Natur“ ist für bald neun Milliarden Menschen nicht möglich. Wir müssen vorwärts zu einer neuen Synthese zwischen Natur und Technik: vom Raubbau an der Natur zum Stoffwechsel mit der Natur. Dazu gehört das Prinzip vernetzter Stoffkreisläufe: alle Reststoffe werden zum Ausgangspunkt neuer Produktionsprozesse. Aus organischen Abfällen werden Kraftstoffe, Papier oder Bio-Kunststoffe, Kohlendioxid dient als Grundstoff für die Chemieindustrie, Elektronikgeräte und Autos werden vollständig wiederverwertet.

Grenzen des Wachstums, Wachstum der Grenzen

Die menschliche Zivilisation hängt an einem halbwegs stabilen Klima, an der Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Böden und an intakten Wasserkreisläufen. Überschreiten wir die Belastungsgrenzen der Ökosysteme, drohen schwere Krisen und Verwerfungen. Insofern gibt es sehr wohl ökologische Grenzen des Wachstums. Der springende Punkt ist, dass aus diesen „roten Linien“ keine fixen Grenzen für Produktion und Konsum folgen. Was dem Menschen auf unserem Planeten möglich ist, wird nicht in erster Linie von geophysikalischen Faktoren bestimmt. Unsere allerwichtigste Ressource heißt Kreativität. Dazu gehört auch die Fähigkeit, Knappheitskrisen durch Innovationen zu überwinden. Auch der Faktor Energie ist nicht begrenzt. Das Kraftwerk Sonne ist eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle. Dabei geht es nicht nur um die Gewinnung von Strom und Wärme aus Sonnenenergie, sondern um die Photosynthese – die Umwandlung von Sonnenlicht, Wasser und CO₂ in biochemische Energie. Auch die Geothermie bietet ein gewaltiges Energiepotential für lange Zeiträume.

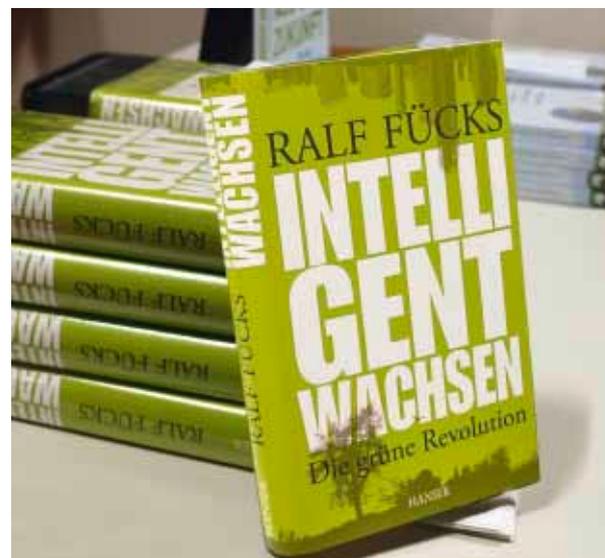
Auf Erfindungsreichtum und Unternehmergeist als Produktivkraft zu setzen, enthebt uns nicht von persönlicher Verantwortung. Es ist gut und richtig, weniger Fleisch zu essen, mit Rad oder Bahn zu fahren und keine Produkte zu kaufen, für die Menschen geschunden oder Regenwälder abgeholzt werden. Aber ein nüchterner Blick auf die Größe der ökologischen Herausforderung zeigt, dass sie mit dem Appell zur Genügsamkeit nicht zu lösen ist. „Weniger vom Gleichen“ ist nicht genug. Um das Klima zu stabilisieren, ist eine Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts nötig. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und der Hoffnung von Milliarden Menschen auf sozialen Aufstieg ist das nicht zu schaffen, indem wir uns zur Enthaltbarkeit verdonnern. Ohne großangelegte Effizienzrevolution und den Übergang zu erneuerbaren Energien werden wir den Wettlauf mit dem Klimawandel nicht gewinnen. Zügeln müssen wir unseren Naturverbrauch, nicht unsere Freude an neuen Dingen, Komfort, Mobilität, Mode, Technik und Kommunikation. Ziel ökologischer Politik ist eine neue Produktionsweise, nicht ein neuer Mensch. Statt einen grünen Puritanismus zu predigen, der durch Sittenstrenge, Verbote und Verzicht geprägt ist, können wir die Probleme der Moderne mit den Mitteln der Moderne lösen: Wissenschaft, Innovation und Demokratie.

Auch in der Wirtschaft gibt es interessante Entwicklungen, an die wir anknüpfen können. Trotz aller Exzesse der Finanzindustrie zeichnet sich ein neuer Trend zur moralischen Aufladung der Ökonomie ab. Spekulationskrisen und skrupellose Profitmacherei verstärken den Ruf

nach Rückbesinnung auf die Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“. Tatsächlich spielen Werte in einer modernen Ökonomie eine wachsende Rolle für das Konsumverhalten von Bürgern wie für den Erfolg von Unternehmen. Die Stichworte lauten Fair Trade, Ächtung von Kinderarbeit, Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards, Kritik an Massentierhaltung. Nachhaltige Investmentfonds sind im Kommen. Gleichzeitig beobachten wir eine Renaissance der gemeinnützigen Ökonomie: Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen, eine neue Ökonomie des Teilens. Unter jungen Leuten ist das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ populär, Tauschportale im Internet florieren und selbst die großen Autokonzerne bauen Car-Sharing-Projekte auf. Das heißt nicht, dass alles auf gutem Weg ist. Aber der Wandel zum Besseren hat bereits begonnen.

Der Aufbruch in die ökologische Moderne gelingt nur im Zusammenwirken vieler Akteure:

- Die Politik muss die ökologischen Leitplanken für die Wirtschaft vorgeben und die Weichen in Richtung „grüne“ Innovation stellen. Dazu gehören die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform, ein effektiver Emissionshandel, klare Prioritäten in der Forschungspolitik und bei öffentlichen Investitionen sowie das Arsenal ordnungspolitischer Vorgaben: Grenzwerte, Recyclingquoten, Informationspflichten etc.
- Nicht weniger wichtig ist die Rolle der Zivilgesellschaft: Umweltbewegung, Verbraucherinitiativen, Gewerkschaften, Genossenschaften, kritische Konsumenten und Konsumentinnen, kurz: die Macht des Skandals, der Bürger und der Kunden.
- Schließlich die Wissenschaft: Nie forschten so viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an neuen Lösungen, nie entwickelte sich das wissenschaftliche Wissen so rapide wie heute.
- Last not least die Unternehmen mit ihrem geballten technischen Know-how und ihrer Investitionskraft: Wir brauchen die Allianz mit Unternehmen, die erkannt haben, dass Ökologie, soziale Werte und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehören.



Der Text lehnt sich an ein kürzlich erschienenes Buch des Verfassers an, das unter dem Titel „Intelligent wachsen. Die grüne Revolution.“ im Hanser-Verlag erschienen ist.

Reinhard Bütikofer

Einige Gedanken zur Überwindung falscher Alternativen. Anders wachsen mit dem Green New Deal.

Die Orientierung an quantitativen Wachstumsidealen ist so falsch, dass selbst ihr Gegenteil nicht richtig ist. Deshalb halte ich nicht viel von der Umkehrung der Wachstumsorientierung und plädiere dafür, die Kritik auf eine andere qualitative Ebene zu heben.

Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass auch das Sinken der Emissionen nicht zu einer Entspannung des ökologischen Problems führte. Stattdessen müssen wir immer mehr erkennen, dass das Maß an Schrumpfung, das wir bräuchten, um den Klimawandel einzuhegen, katastrophale gesellschaftliche Wirkungen hätte. Diese würden weit über die momentane Krise hinausgehen. Das kann niemand wirklich wollen.

Auch sind die Grenzen des Wachstums nicht ganz so eindeutig zu beschreiben. Schon der antike Philosoph und Theologe Tertullian sah sich und seine Zeit an den Grenzen des Wachstums angekommen. Und dennoch fand seither weiteres Wachstum statt. Auch in späteren Zeiten zeigte sich immer wieder das Scheitern von Postulaten immanenter Wachstumsgrenzen. Immer wieder wurden die menschliche Kreativität und Phantasie als die entscheidenden Produktivfaktoren unterschätzt. Das darf freilich nicht als positivistische Beruhigung in der gegenwärtigen Situation dienen. Doch wenn man über Wachstum und seine Grenzen redet, muss man eben auch zur Kenntnis nehmen, dass in der Realität z. B. die Intensität der Nutzung von Rohstoffen gesteigert werden kann. Entsprechend sind auch die Wachstumsgrenzen bisher von niemandem, auch nicht von den Befürworterinnen und Befürwortern eines „Weniger“ wirklich beschreibbar. Darin liegt auch eine Hoffnung.

Dem Kapitalismus wohnt ein Wachstumszwang inne. Auch Marx sprach davon: Das Kapital ist das „automatische Subjekt“ und muss wachsen, sonst zerfällt die Wirtschaftsordnung. Es gibt also Wachstumszwänge, aber diese können ganz unterschiedlich qualifiziert sein. Der Wachstumszwang im Industriekapitalismus ist nicht derselbe wie der im Finanzkapitalismus. Konnten lange Zeit durchaus unterschiedliche Kapitalismen nebeneinander existieren, so wurde diese Koexistenz in der letzten Zeit immer problematischer. Deshalb stellt ein Teil der derzeitigen politischen Diskussion auch den Versuch dar, den Industriekapitalismus durch eine Regulierung des Finanzkapitalismus zu retten.

Von Vertreterinnen und Vertretern einer umfassenden Wachstumskritik ist häufig zu hören, dass die Gesellschaften des globalen Nordens an einem Wendepunkt angelangt seien, hinter dem es Wachstum nur noch durch Umweltzerstörung gebe. Dabei wird jedoch der Beitrag des



*Reinhard Bütikofer,
Grünenpolitiker, Mitglied
des Europäischen
Parlaments*

globalen Südens ausgeblendet. Nicht nur der Norden ist an einem Wendepunkt, die ganze Welt ist betroffen, wie auch nicht allein die Länder des globalen Nordens die Verursacher der Krise sind. Außerdem ist die Annahme eines notwendigen Kausalzusammenhangs von Wachstum und Umweltzerstörung zumindest fragwürdig. Nicht jeder Beitrag zur Wachstumssteigerung stellt einen destruktiven Eingriff in die Ökosysteme unseres Planeten dar.

Wenn man dies jedoch in die Überlegungen mit einbezieht, kommt man zu anderen Schlussfolgerungen als die Theoretiker einer Postwachstumsgesellschaft. Nicht das Wachstum an sich stellt das gegenwärtige Problem dar, vielmehr ist es der gegenwärtige Wachstumstyp. Daher ist ein Ansetzen bei einem anderen Wachstumstyp notwendig.

Die Gesellschaft redet sich nicht nur ein, sie brauche Wachstum. Sie braucht es tatsächlich. Es besteht ein Zwang. Dieser darf aber nicht zum Fetisch werden. Die Frage, die sich stellt ist daher nicht, wie das Wachstum überwunden wird, sondern vielmehr wie Wachstum zu gestalten ist und wie Wachstumszwänge reduziert werden können.

Hier setzt der Green New Deal – ähnlich wie einst die Roosevelt-Strategie eine politische Antikrisenstrategie – auf verschiedenen Ebenen an. Denn er bietet eine Strategie des Übergangs zu einem anderen Wachstumsmodell: Neben seiner industriepolitischen Transformation für mehr grüne Technologien und Umwelteffizienz setzt er auch auf eine makroökonomische Regulierung und eine sozialökonomische Inklusion: Er bietet einen Ansatz zu entscheidenden Korrekturen im Finanzsektor, setzt dem Finanzkapitalismus Grenzen, trägt zur Lösung des Problems der Verdrängung lebendiger Arbeit bei, gibt Antworten auf die Verteilungsfrage und wirkt damit auch der Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegen.

Immer wieder wird von wachstumskritischen Kommentatoren des Green New Deal auf die Probleme des Rebound-Effektes hingewiesen. Selbst wenn eine industriepolitische Transformation gelänge, so das Argument, würde dies nicht notwendig zu entscheidend weniger Umweltbelastungen und mehr sozialer Kohäsion führen, weil die immanenten Wachstumszwänge nicht ausreichend eingehegt würden. Die Idee von einer sozial-ökologischen Transformation krankt daher, ebenso wie alle Vorschläge zu einer Postwachstumsgesellschaft, an einem Macht- und vor allem Mobilisierungsproblem.

Dies ist in der Tat ein Problem, denn hier ist die Green New Deal-Strategie noch nicht ausreichend gerüstet. Daher muss in seiner Weiterentwicklung auch die kulturelle Dimension der ökologischen Transformation besprochen werden. Man muss ansetzen bei dem Bedürfnissystem und der Bedürfnishierarchie der Menschen. Die Fragen, die sich unsere Gesellschaft stellen muss, sind: Welches Leben wollen wir und welche Aspekte unserer gesellschaftlichen Entwicklung sind uns wichtig? Diesbezüglich ist die Diskussion über einen Wohlfahrtsindex ein notwendiges Instrumentarium.

Der Green New Deal ist als Transformations- und Transitionsstrategie zu verstehen, die Wachstumszwänge zu reduzieren sucht, ohne bereits schon Antworten geben zu können, wie eine

Gesellschaft ohne Wachstum aussehen könnte. Wir können uns nicht zurückziehen an das Reißbrett, sondern müssen ein tragfähiges Modell entwerfen, das Handlungsoptionen der begrenzenden Weltmarktverflechtungen einbezieht und dennoch Transformationspotentiale beschreibt. Dadurch können auch Handlungsspielräume gesichert werden, um über radikalere Konzepte nachzudenken. Auf diese Weise werden Bündnismöglichkeiten auch mit den Postwachstumstheorien geschaffen. Darüber hinaus findet der Green New Deal auch Verbündete bei den Gewerkschaften, unter den Verbänden und auch in der Wirtschaft, hier jedoch mit sinkender Tendenz. Das Ziel muss eine Koalitionsbildung hinter den verschiedenen Argumenten sein.

Nun möge man sagen, der Green New Deal sei eine Strategie des Zeitgewinns. Das ist er tatsächlich, aber er ist auch mehr. Denn durch ihn wird eine Entwicklungsrichtung angezeigt, die eine andere Dynamik in unsere Gesellschaft bringt und den Gefahren der Entwicklungen des „Weiterso“ entgegen wirkt.

Und er zeigt – so das letzte Argument gegenüber den Kritikerinnen und Kritikern – den globalen Handlungszusammenhang, indem er auch Möglichkeiten der Transformation jenseits europäischer Regionen beschreibt. Wir können nicht nur für uns überlegen, sondern müssen auch eine Option für neue und kommende Konkurrentinnen und Konkurrenten des globalen Nordens bieten. Hier in Europa sind die Voraussetzungen für einen solchen Neuansatz besonders gut. Denn es besteht bereits ein hohes Bewusstsein für die Problemlage. Die Demokratie ermöglicht Handlungsspielräume, es gibt ein vergleichsweise geringes Maß an Korruption, das technologische Niveau ist ebenso wie das Bildungsniveau hoch und es gibt eine verhältnismäßig weite Kapitalausstattung.

Der Green New Deal ist ein Versuch der Bewältigung der ökologischen und sozialen Krisen, sowohl für die Menschen der nördlichen Hemisphäre wie auch für den globalen Süden. Er versucht nicht, das Wachstumsparadigma ganz zu verabschieden. Er korrespondiert vielmehr mit der sozialen Erfahrung, dass Wachstum ein starkes Bedürfnis praktisch aller Bevölkerungsschichten ist. Wenn wir jetzt den Wachstumsbegriff gänzlich abräumen, schafft das nur Kommunikationsprobleme.



Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag

Anja Siegesmund

Handlungsfelder einer wohlfahrtsorientierten Politik für Thüringen

Mit dem Regionalen Wohlfahrtsindex bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag einen Stein ins Rollen. Wir wollen eine Diskussion darüber anstoßen, welche Orientierungspunkte das politische Handeln haben sollte. Klar ist: Ein Indikator wie das BIP sagt nichts darüber aus, wie es den Menschen in Suhl, Altenburg oder Erfurt geht und wie sich ihre Lebensqualität zukünftig entwickeln wird. Entsprechend kann das BIP auch nicht alleiniger Leitindikator bleiben. Neben der ökonomischen müssen auch die ökologische und soziale Entwicklung Thüringens bedacht werden. Der Regionale Wohlfahrtsindex bietet ein ausgefeiltes Angebot für eine solche Umorientierung politischer Aufmerksamkeiten.

Wie notwendig ein solcher Perspektivwechsel ist, wird auch daran deutlich, dass die Autorinnen und Autoren des RWI mehrfach mit einer mangelhaften Datenlage zur Entwicklung einzelner wohlfahrtsstaatlicher Faktoren in Thüringen konfrontiert waren. Entsprechend zeigt bereits der mit der Studie beschrittene Weg ein wichtiges Ziel für die Politik in Thüringen auf: Soll die Entwicklung unseres Landes differenzierter darstellbar werden, müssen zuallererst die Fragestellungen der kontinuierlichen Datenerhebung im Freistaat überarbeitet werden.

Der Vergleich zwischen RWI und BIP in Thüringen offenbart dann: Beide Werte haben sich über den gesamten Betrachtungszeitraum auseinanderentwickelt. Während der Regionale Wohlfahrtsindex fast kontinuierlich sinkt, bleibt das Bruttoinlandsprodukt relativ konstant und steigt 2009/2010 sogar leicht. Entscheidende Faktoren dafür sind die negative Bevölkerungsentwicklung, stagnierende Einkommen und eine sich verschlechternde Einkommensverteilung, die sich ungünstig auf die Konsumausgaben der Thüringerinnen und Thüringer auswirken.

Ebenso spielen Umweltfaktoren eine bedeutende Rolle. So lag der Stromverbrauch in Thüringen im Jahr 2008 um 10,6 Prozent höher als 1999. Hinzu kommt ein geschätzter Anstieg der Fahrleistung thüringischer Kraftfahrzeuge von 15,7 Milliarden Kilometern im Jahr 1999 auf 16,6 Milliarden Kilometer im Jahr 2010. Beides trotz stetig sinkender Einwohnerzahlen.

Nicht zuletzt die Flächenversiegelung sollte hier genannt werden. Anhand des Juni-Hochwassers 2013 lässt sich eindrücklich die Kurzsichtigkeit einer Fixierung auf das Wirtschaftswachstum erkennen: Flächenversiegelung und Bebauung in Flussnähe führten in den vergangenen Jahren zunächst zu einem Anstieg des BIP. Es wurde fleißig „in die Hände gespuckt“, Flüsse wurden betoniert, begradigt und dem technischen Fortschritt entsprechend „gesichert“.

Drei sogenannte Jahrhunderthochwasser später sind die volkswirtschaftlichen Schäden in mehreren Milliardenbeträgen zu besichtigen. Die Beräumung wird, nach einer kurzfristigen Unterbrechung, wieder zur Erhöhung des BIP beitragen. Dies sagt jedoch nichts über die gesamtgesellschaftlichen Kosten des bisherigen Umgangs mit den Flüssen aus. Also weiter die Deiche höher bauen – auf dass sie das nächste Mal halten? Oder der Natur ihren Raum geben?

Wenn sich die Politik nicht ändert, wird sich das in den letzten Jahren beobachtete Sinken des RWI in gleichem Maße fortsetzen. Zweifellos kann die Politik nicht alle Indikatoren direkt steuern, da zum Beispiel die Bevölkerungsentwicklung kurz- und mittelfristig nur bedingt korrigierbar ist. Dennoch bietet der RWI wertvolle Handlungsoptionen, die Entwicklung von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit im Freistaat politisch zu beeinflussen. Und es ist denkbar, dass diese Bemühungen dann auch positive Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung erzielen könnten.

Für eine direkte Beeinflussung der Entwicklung des RWI und damit der Lebensqualität der Menschen in Thüringen sind die folgenden Handlungsansätze denkbar:

- 1. Mindestlohn schnellstmöglich einführen.** Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes wird die Einkommensentwicklung in Thüringen unmittelbar positiv beeinflussen. Wird dieser in der Höhe von 8,50 Euro realisiert, werden davon direkt viele Bürgerinnen und Bürger profitieren. Der Zugewinn an Kaufkraft wird nach allen bisherigen Erfahrungen bei Lohnsteigerungen in diesem Bereich fast eins zu eins in den Konsum eingehen. Auch daher sollte nicht länger gewartet werden.
- 2. Flexiblere Arbeitszeitmodelle unterstützen.** Eine zukunftsfähige Beschäftigungspolitik setzt nicht in erster Linie auf die Ausweitung des Arbeitsvolumens, sondern auf ein Angebot, das die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt. Die Lebensqualität der Einzelnen oder des Einzelnen besteht in der Umsetzung der eigenen Wünsche zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und ehrenamtlichen Engagements.
- 3. Flächen entsiegeln.** Trotz Bevölkerungsrückgangs verlieren wir allein durch Versiegelung in Thüringen jeden Tag über drei Hektar an Land- und Forstwirtschaft. Das Grüne Herz der Bundesrepublik wird also immer kleiner. Wir fordern deshalb seit langem, das Ziel eines Null-Hektar-Flächenverbrauchs bis 2020 zu verwirklichen und dadurch die einzigartige Landschaft und Natur Thüringens für die kommenden Generationen zu erhalten.
- 4. Gesundheitsvorsorge ausbauen.** Der demographische Wandel stellt auch die Gesundheitsvorsorge vor große Herausforderungen. Die qualitativ hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung muss sichergestellt werden.

5. **Bildungswesen stärken.** Bund und Länder haben sich bereits 2008 verpflichtet, mindestens zehn Prozent des BIP jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Dieses Ziel ist bis heute nicht erreicht. Deshalb sagen wir: Wir dürfen nicht bei 4,5 Prozent in Thüringen stehen bleiben. Ziel muss es sein, bis 2020 mindestens sieben Prozent in Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren.
6. **Energie gewinnen.** Energie erst gar nicht zu verbrauchen, ist nicht nur umwelt-, sondern auch geldbeutelchonend. Die energetische Sanierung von Gebäuden muss deshalb vorangetrieben werden.
7. **Emissionen verringern.** Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Entwicklung von Speichertechnologien bieten den Schlüssel für eine klimaneutrale Energieerzeugung. Die ideologische Blockade einzelner Energieträger wie der Windenergie ist deshalb einzustellen und ein Ausbau mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu erreichen.
8. **Gut getaktet unterwegs sein.** Für viele Bürgerinnen und Bürger ist eine Grundvoraussetzung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr, dass dieser eine attraktive Alternative zum Auto darstellt. Das gelingt nur mit einem vernetzten öffentlichen Personennahverkehr.
9. **Sanften Tourismus fördern.** Die Schonung unserer Naturressourcen in Thüringen ist von fundamentaler Bedeutung, auch um im Tourismusbereich auch zukünftig national und international wettbewerbsfähig zu sein. Die Verbesserung der Luft-, Boden- und Wasserqualität sowie der Stopp der genannten Flächenversiegelung sollte deshalb in Tourismuskonzepten und Wirtschaftspolitik Eingang finden.
10. **Nachhaltige Entwicklung vorantreiben.** Eine Neuausrichtung der EU-Förderpolitik würde die Möglichkeiten verbessern, die Entwicklung der Regionen unseres Landes auf ein breiter gefasstes Wohlfahrtskonzept zu orientieren. Wenn es auf die Qualität des Wachstums ankommt, spielt nicht nur die Höhe der Produktion eine Rolle. Vielmehr wird zunehmend wichtig, was und wie produziert wird und wie sich Ideen des nachhaltigen Wirtschaftens vor Ort entwickeln und durchsetzen können.

1 Frage – 6 Abgeordnete

Wie hältst du es mit Wachstum und Wohlfahrt?

Thüringen soll wachsen, aber richtig! Mir geht es vor allem um ein Wachstum des gesellschaftlichen Wohlergehens und um ein Mehr an Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Wenn wir hier zurückstecken müssen, nutzt uns die größte Umsatzsteigerung nichts! Daher setze ich mich als Grüne Landtagsabgeordnete für eine verantwortungsvolle und weitsichtige Politik ein, die die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Gewinne unseres Handelns in all ihren Entscheidungen zu berücksichtigen sucht. In meiner fachpolitischen Praxis zieht das ganz konkrete Konsequenzen nach sich: In der Wirtschaftspolitik mache ich mich stark für regionale Wertschöpfungsketten, die Förderung zukunftsfähiger Industrie- und Handwerksbereiche und die Steigerung von Ressourceneffizienz. Und in der Sozialpolitik setze ich mich für eine integrative und inklusive Gesellschaft ein, in der die Möglichkeiten der Teilhabe nicht allein von Geschlecht oder Herkunft vorbestimmt werden. **Anja Siegesmund**, *Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit und Wirtschaft*



Ich wünsche mir einen positiven Wachstumsbegriff, wie er sich in „Mehr Demokratie!“ ausdrückt oder im wachsenden Einsatz von erneuerbaren Energien. Wachstum kann nicht generell schlecht oder gut sein, es geht vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung, die nicht mäkelt sondern gestaltet! Es geht um ein qualitatives Wachstum, ohne den Verbrauch von Ressourcen ständig zu erhöhen. Ein solches Wachstum könnte eben auch in der Einsparung von Energie bestehen. Denn wenn wir mehr in die Energieeinsparung investieren, steigt die Energieeffizienz: Weniger CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch bei gleicher Raumwärme sind ein tolles Wachstum. Innenpolitisch könnte die Frage gestellt werden: Sind die Länder mit den meisten Polizistinnen und Polizisten die sichersten Bundesländer? Wohl eher nicht. Es wird in Zukunft noch stärker auf unsere politische Kreativität ankommen, um gesellschaftliche Entwicklung auch in Zeiten knapper Ressourcen zu gestalten. **Dirk Adams**, *Sprecher für Innenpolitik, Energie, Technologie und Tourismus*



Klar ist, die Summe aller Ressourcen auf unserem Erdball ist endlich. Auch Wachstum muss daher endlich sein. Je nachdem, wie wir das Wachstum organisieren, also welche Ressourcen wir nutzen, werden wir das Ende des Wachstums nur hinausschieben. Thüringen bezaubert mit seiner Landschaft und Kultur – als grünes Herz. Unsere Ressourcen liegen in einer einzigartigen Kultur- und Bildungslandschaft. Das ist der Rohstoff unseres Wohlergehens, unseres Wachstums. In Thüringen wurde der Kindergarten erfunden, hier entstand das Bauhaus, von hier wurde es auch in der Welt bekannt. Die Vielfalt Thüringens in seiner Struktur, Landschaft, Kultur, Wirtschaft und Kreativität gilt es zu erhalten und zu fördern: Genau das zeichnet uns aus. Allerdings sind wir uns auch unserer dunklen Vergangenheit bewusst. So steht Buchenwald exemplarisch für Vernichtung und Tod – direkt neben der Stadt der Dichter und Denker: Weimar. Thüringen muss sich perspektivisch öffnen und echte Willkommenskultur leben. Ein buntes Thüringen wird auch eines der Wohlfahrt sein, in dem man gern zu Hause ist. **Astrid Rothe-Beinlich**, *Vizepräsidentin des Thüringer Landtags und Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik*



Wie hältst du es mit Wachstum und Wohlfahrt?



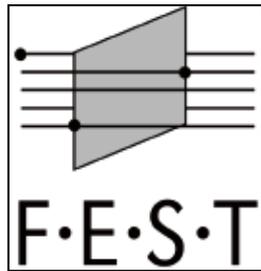
Ich bekenne, ich bin kein Wachstumsgegner. Natürlich müssen in Zeiten, in denen das weltweit handelbare Finanzvolumen nichts mehr mit der globalen Wirtschaftsleistung zu tun hat und Wirtschaftswachstum Menschen in die Armut treibt, althergebrachte Wirtschafts- und Wachstumstheorien hinterfragt und gegebenenfalls über Bord geworfen werden. Dennoch bin ich für Wachstum. Die Flachsdämmung in meinem Haus und die beiden Solaranlagen auf dem Dach haben mein CO₂-Einsparkonto anwachsen lassen. Vor Kurzem habe ich bei einer Baumpflanzaktion für den Wildkatzenkorridor in Westthüringen geholfen, dem dringend notwendigen Biotopverbund zu Wachstum zu verhelfen. Und überhaupt: Viele unserer Aktivitäten im Ehrenamt und in der Fraktion sind darauf ausgerichtet, Dinge wachsen zu lassen. Dazu gehört soziale Gerechtigkeit genauso wie der Anteil an erneuerbaren Energien oder das persönliche Glück. **Dr. Frank Augsten**, *Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz und Gentechnik sowie Gleichstellung*



Das weitere Anwachsen der produzierten Gütermenge ist ökologisch nicht zu rechtfertigen und für unser Wohlbefinden in den entwickelten Gesellschaften auch nicht notwendig. Hier geht es vielmehr um eine gerechtere Verteilung. Die Basis für „grüne“ Wohlfahrt in Thüringen sind innovative, mutige Menschen, die ihre eigenen Ressourcen nutzen können und wollen. Damit sind Alte und Junge gemeint, „Ureinwohnerinnen“ und Zugezogene, Menschen ohne Ausbildung und AkademikerInnen. Allgemeine Ansätze für den Freistaat sehe ich in viel stärkerer regionaler Produktion, sowohl von Energie als auch von Produkten und Dienstleistungen. Dabei geht es nicht um irgendwelche Autarkie- oder Selbstversorgungsfantasien, sondern insbesondere darum, den Wert der eigenen Tätigkeit wieder besser erlebbar zu machen. Wenn Energie vor Ort produziert wird, wird auch ihr Verbrauch wieder neu wertgeschätzt. Und warum nicht handwerklich hergestellte Thüringer Bioklöße zu einem weltweiten Exportschlager für alle Fans von gutem Essen machen? Wohlfahrt heißt natürlich auskömmliches Einkommen. Aber auch die Wertschätzung für die eigene Tätigkeit ist wichtig. **Carsten Meyer**, *Sprecher für Haushalt, Finanzen, Medien, Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten*



Der Begriff „Wachstum“ ist zum Dogma geworden. Wachstum ist aber nicht per se gut. Deshalb müssen wir gutes Wachstum definieren. Mit dem alten Wachstum von heute wird eines morgen schrumpfen: unser Wohlstand. Schlechtes Wachstum ist die Ausweisung von Gewerbeflächen, auf denen Unternehmen unzulängliche Arbeitsbedingungen bieten und billige Produkte verkaufen, deren Preise nicht die Umweltkosten, zum Beispiel beim Transport, berücksichtigen. Es hat mit Wohlstand nichts zu tun, wenn pestizidbelastete Rosen nach Deutschland geflogen werden, um in Plastik verpackt auf Lkws nach Thüringen transportiert zu werden. Wenn für Transporte und Herstellung von Waren im Ausland die tatsächlichen Kosten gezahlt werden müssten, gäbe es in Thüringen mehr gutes Wachstum: mehr Gesundheit, da weniger Lärm und Abgase, mehr Chancen für regionale Produkte, ob Blumen oder Lebensmittel, mehr Arbeitsplätze und dadurch weniger Abwanderung. Ein nachvollziehbarer Wohlfahrtsindex, statt blinde Wachstumsgläubigkeit, ist deshalb das Gebot der Stunde. **Jennifer Schubert**, *Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie sowie Petitionen*



Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen 1999 bis 2010

– Zusammenfassung –

Heidelberg, September 2013

**Dorothee Rodenhäuser
Hans Diefenbacher**

unter Mitarbeit von
Benjamin Held
Jennifer Schenke
Martin Veith

Impressum

© bei den Autoren und bei Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Erfurt

Kontakt

Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Dorothee Rodenhäuser M.A., Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft – Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de – dorothee.rodenhaeuser@fest-heidelberg.de

Gefördert durch die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen

Die in der Studie vertretenen Inhalte stimmen nicht notwendiger Weise mit den Positionen der Förderer überein.

Hinweis

Der vorliegende Text enthält ohne gesonderte Kennzeichnung wörtlich übernommene Textpassagen aus den Zusammenfassungen zu den Publikationen: Diefenbacher/ Held/ Rodenhäuser/ Zieschank (2013): NWI 2.0 - Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin: FEST/FFU sowie Diefenbacher/ Rodenhäuser/ Veith/ Zieschank /Blazejczak (2013): Regionaler Wohlfahrtsindex Bayern und Elemente wohlfahrtsorientierter Strukturpolitik. Heidelberg/Berlin: FEST/FFU.

1. Zum Kontext der Studie

Die vorliegende Studie geht auf eine Anregung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen von 2012 zurück. Sie übernimmt eine regionale Anpassung des Nationale Wohlfahrtsindex, die 2012 und 2013 entwickelt und erstmals für Bayern im Juni 2013 vorgelegt wurde, und berechnet diese regionale Variante für die Zeitreihe von 1999 bis 2010.

Die Diskussion um gesellschaftliche Wohlfahrt ist in den letzten Jahren in Deutschland in eine neue Phase eingetreten. Spätestens seit der Arbeit der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags ist die These, dass die Kosten von Umweltveränderungen und zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts nicht angemessen über ökonomische Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erkennbar werden, auch in der Mitte der politischen Diskussion angekommen. Allerdings konnte der fundamentale Dissens über die Rolle des herkömmlichen Wirtschaftswachstums auch durch die Arbeit der Enquête-Kommission nicht überwunden werden; und es besteht folgerichtig auch keine Einigkeit, wie Wohlstand und Lebensqualität in einer Gesellschaft gemessen werden sollen. Gerade an dieser Stelle setzt jedoch die vorliegende Arbeit an, die eine alternativen Wohlfahrtsberechnung und deren gegenwärtige Leistungsfähigkeit für Thüringen anhand einer aktuellen Zeitreihe ausführt. Diese alternative Wohlfahrtsberechnung des „Regionalen Wohlfahrtsindex“ (RWI) bezieht neben ökonomischen auch ökologische und soziale Faktoren in einem Gesamtindex mit ein. Wenn die These zutrifft, dass die Orientierung an einer Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung ein wichtiges Antriebsmoment für die Gestaltung der Gesellschaft durch die Politik ist, dann müsste eine Orientierung am RWI auch zu neuen Ansätzen einer zukunftsfähigen (Wirtschafts-)Politik führen. Ob das BIP dann noch wächst oder nicht, wäre im Zuge einer solchen Politik nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit einer solchen Ausrichtung der Politik wird auch die bislang zentral diskutierte Frage, welche Gestalt herkömmliches Wirtschaftswachstum in Zukunft überhaupt noch annehmen kann, an Bedeutung verlieren: Es erscheint derzeit nicht sicher, ob ein ökologisch orientierter Umbau neue Wachstumspotenziale erschließen kann, aus denen sich die künftigen BIP-Wachstumsziffern der Volkswirtschaft speisen könnten. So eröffnen sich hier weitere Potenziale wie neue Zukunftsmärkte in anderen Ländern, Umweltentlastungen und ein Beitrag zur Schonung von Ressourcen: Energieeinsparungen beispielsweise entlasten Unternehmen und Verbraucher, reduzieren die Emission von Schadstoffen und Treibhausgasen und helfen, zukünftige Umweltschäden zu vermeiden, bei gleichzeitiger Senkung der Auslandszahlungen für fossile Energieträger. Indessen besteht auch die Möglichkeit, dass ein schrittweiser Umbau der Ökonomie dazu führen wird, dass andere, nicht zukunftsfähige Segmente der Wirt-

schaft derart schrumpfen, dass „netto“ eine zukunftsfähige Wirtschaft ohne Wachstum entsteht. Und schließlich gibt es die ernst zu nehmende These, dass eine zukunftsfähige Wirtschaft, die sich in die Grenzen der Tragfähigkeit des planetaren Ökosystems stellt, einer bewusst herbeigeführten Rücknahme des Niveaus ökonomischer Aktivitäten, also einer gezielten Schrumpfung des BIP in vielen Ländern bedarf. Zumindest in Europa zeigt sich seit einigen Jahren ein „funktionales Äquivalent“: Denn die realen Wachstumsraten gehen teilweise zurück oder stagnieren auf dem bisherigen Niveau, damit gibt es auch einen größeren Spielraum zur Verminderung der Umweltbelastungen. Die stärkere Betonung eines Wohlfahrtsmaßes, das von vornherein ökologische, ökonomische und soziale Komponenten aufnimmt, führt somit nach und nach auch zu einem Perspektivenwechsel in der Bedeutung des Wachstumsbegriffs. Damit sollen die sozialen Folgen einer Wachstumsschwäche keinesfalls ignoriert werden, sei es im Bereich der unternehmerischen Investitionen, der sozialen Sicherung, der Staatsverschuldung oder der Altersvorsorge. Es stellt sich vielmehr die Herausforderung, eine *jeweils gezielte* politische Lösungsstrategie zu suchen, die nicht immer automatisch in einem Wachstumsimperativ mündet. Dazu gehören – unter anderem – notwendigerweise Strategien zur Verbesserung der Energie- und der Ressourceneffizienz, aber auch Maßnahmen zur Förderung einer gerechten Einkommensverteilung, zum Erhalt der Biodiversität und zur Verringerung von Umweltbelastungen.

Die vorliegende Studie hat diese Kernthesen zum Hintergrund; sie entfaltet sie am Beispiel des Bundeslandes Thüringen und versucht, der Debatte um die inhaltliche Füllung der Begriffe Wachstum und Wohlfahrt im Rahmen einer Analyse exemplarischer Entwicklungen des Bundeslandes einige neue Anstöße zu geben. Die Betrachtungen des RWI insgesamt und insbesondere seiner einzelnen Komponenten zeigen wichtige Bausteine auf, die zur Gestaltung einer zukunftsfähigeren Wirtschaft Anregungen geben können.

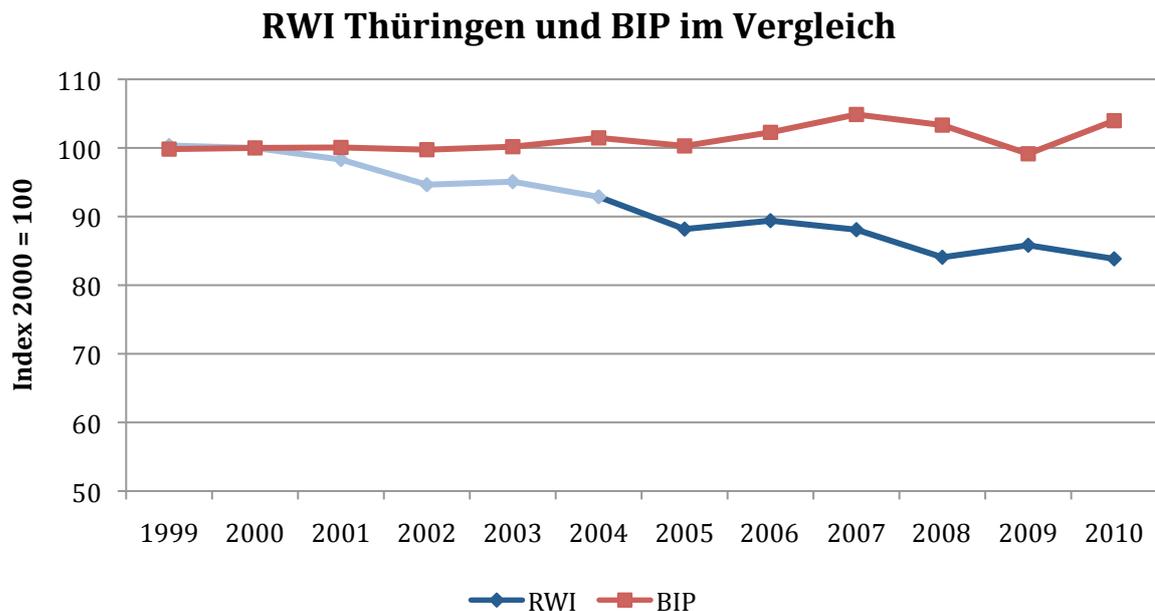
Das Konzept der Erstellung eines Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) wurde in einer ersten Variante 2011 bereits für das Bundesland Schleswig-Holstein empirisch umgesetzt und ein RWI-SH errechnet. Dies geht dabei auf eine Methode zurück, die für den „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) erstmals 2009 als Pilotstudie für die Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurde. Die Entwicklung dieser die herkömmliche BIP-Berechnung ergänzenden Berichtsform ist durch das Umweltbundesamt (UBA) und durch das Bundesumweltministerium (BMU) gefördert worden und in Kooperation der FEST und des Forschungszentrums für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin (FFU) entstanden. Der hier vorgestellte Wohlfahrtsindex für Thüringen (RWI-TH) lehnt sich nun an die Weiterentwicklung des ursprünglichen NWI zum „NWI 2.0“ an. Der NWI 2.0 wurde im Januar 2013 vorgelegt, die regionalen Anpassungen für den darauf aufbauenden RWI wurden im Winter 2012 und Frühjahr 2013 vorgenommen. Diese Weiterentwicklung ist die Grundlage für mehrere Bundesländerstudien, von denen

die erste für Bayern (RWI-BY) im Juni 2013 vorgelegt wurde; Studien zu Rheinland-Pfalz und Sachsen folgen noch im Jahr 2013.

Die hier erarbeitete Studie berechnet zum ersten Mal den RWI-TH, basierend auf Zeitreihen von 1999 bis 2010, und erlaubt damit einen Vergleich der Entwicklung mit dem BIP Thüringens. Die einzelnen Komponenten des RWI finden sich in der Übersicht im Anhang. Auch Vergleiche mit den jeweiligen Trends und Entwicklungen in Deutschland insgesamt sowie mit anderen Bundesländern sind möglich – allerdings mit Einschränkungen, da die Datenlage für einzelne Komponenten zum Teil erhebliche Unterschiede aufweisen.

2. RWI Thüringen: Das Gesamtergebnis

Der hier vorgelegte Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen (RWI-TH) bietet über den Zeitraum von 1999 bis 2010 die Möglichkeit, die Entwicklung von BIP und RWI miteinander zu vergleichen.



Erkennbar wird eine Auseinanderentwicklung von RWI und BIP über den gesamten Betrachtungszeitraum: Das thüringische BIP stagniert zunächst bis 2004 weitgehend, wächst dann zwischen 2005 und 2007 deutlich, bricht aber im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/2009 erneut ein. Im Jahr 2010 steigt das BIP auf seinen Höchststand. Dagegen sinkt der RWI im Trend von 1999 bis 2010 deutlich, wobei der Verlauf Schwankungen aufweist, mit relativen Minima 2002, 2005 und 2008 und relativen Maxima 2003, 2006 und 2009.

Hauptgrund für diesen Verlauf ist der Einfluss der gewichteten Konsumausgaben: In fünf von elf Jahren machen Veränderungen der Konsumausgaben mindestens 50 Prozent der negativen Änderungen des Wohlfahrtsindex aus, in drei weiteren mindestens 25 Prozent. Die positiven Änderungen des RWI im Jahr 2006 gehen sogar zu 93 Prozent auf diese Komponente zurück, im Jahr 2009 beträgt der Anteil 51 Prozent. Der Rückgang der gewichteten Konsumausgaben geht seinerseits zum einen auf die sich im Trend verschlechternde Einkommensverteilung zurück, zum andern auf sinkende reale Konsumausgaben, die auf die abnehmende Bevölkerung Thüringens zurückzuführen sind. Da die Bevölkerungsentwicklung im Falle Thüringens von großer Bedeutung für den Verlauf und damit die Interpretation des RWI ist, wird in Kapitel 4.2 der Hauptstudie eine Pro-Kopf-Betrachtung vorgenommen.

Die Interpretation des RWI-TH wird zusätzlich durch die Datengrundlage zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Thüringen erschwert. Da für die Jahre 1999 bis 2004 kein Gini-Index für das Bundesland vorliegt, musste dieser aufgrund des ostdeutschen Gini-Index geschätzt werden. Zwar erscheint es plausibel, dass die für Ostdeutschland konstatierte Zunahme der Einkommensungleichheit auch in Thüringen eingetreten ist. Sicher ist dies jedoch nicht. In der Abbildung ist die Kurve für die Jahre vor 2005 hellblau eingefärbt, um diesen Unterschied in der Datenlage deutlich zu machen. Der Einfluss der Verteilungsgewichtung auf den Verlauf des RWI wird in der Hauptstudie (Kapitel 4.3) näher erläutert.

Die mit dem RWI gemessene Wohlfahrtsentwicklung in Thüringen wird trotz des dominierenden Einflusses der gewichteten Konsumausgaben auch von anderen Komponenten stark bestimmt. Erhebliches Gewicht hat beispielsweise die Entwicklung des Werts der Hausarbeit, die in fünf Jahren mehr als 25 Prozent der negativen Änderungen ausmacht. An den Rückgängen der Jahre 1999, 2000, 2008 und 2010 haben zudem Verschlechterungen im Umweltbereich einen nicht zu vernachlässigenden Anteil: Zwischen 20 und 31 Prozent der negativen Änderungen dieser Jahre gehen auf Umweltkomponenten zurück, insbesondere auf die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger. Die umweltbezogenen Komponenten können aber auch implizit wohlfahrtssteigernd wirken, da die bisher erfassten Kosten teilweise rückläufig sind. In vier Jahren haben die Verminderungen von Schadenskosten und defensiven Kosten mehr als 30 Prozent Anteil an den positiven Änderungen im RWI. Im Jahr 2009 gehen immerhin 26 Prozent der positiven Änderungen auf Umweltkomponenten zurück: Die geringere Wirtschaftstätigkeit führt zu einem sinkendem Verbrauch fossiler Energieträger, sinkenden Emissionen von Luftschadstoffen und einem niedrigeren Ausstoß von Treibhausgasen.

Eine begrenzte Zahl von Komponenten hat insofern großes Gewicht in der Berechnung des RWI: Nur neun von 20 Komponenten haben wenigstens einmal einen Anteil von mindestens 10 % an den posi-

tiven oder negativen Änderungen. Dies hängt unter anderem mit Bewertungsschwierigkeiten zusammen, die gerade bei den Umweltkosten weiterhin bestehen. Vor allem die Umweltkosten in den Bereichen Wasser und Boden sowie Biodiversitätsverluste können bislang aufgrund der verfügbaren Daten nicht angemessen berücksichtigt werden. Für den RWI Thüringen kommt hinzu, dass nicht alle Komponenten mit bundeslandspezifischen Daten unterfüttert werden können: Eine Reihe von Komponenten musste anhand gesamtdeutscher Werte geschätzt werden. Dies erschwert eine spezifische Interpretation der Wohlfahrtsentwicklung in Thüringen. Auch aus diesem Grund muss der RWI für Thüringen – wie auch der NWI 2.0 insgesamt – als Forschungsergebnis betrachtet werden, das für künftige Verbesserungen offen steht.

Dennoch wird bereits erkennbar, was eine Einbeziehung von Wohlfahrtsaspekten wie ökologische Tragfähigkeit und soziale Gerechtigkeit in das volkswirtschaftliche Rechnungswesen bedeuten würde. Vor allem im Fall einer Differenz zum BIP-Verlauf zeigt sich der Unterschied zwischen einer Orientierung an der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und einer Orientierung an gesellschaftlicher Wohlfahrt. Während ein Anstieg des BIP bislang von vielen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik eindeutig als positiv beurteilt wird, wirft die negative Entwicklung des RWI im selben Zeitraum die Frage nach dem „Preis“ dieses BIP-Anstiegs auf.

3. Das Konstruktionsprinzip des RWI

Der RWI wird den Konstruktionsprinzipien gemäß berechnet, die auch der Berechnung des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0 zugrunde liegen:

- Der RWI setzt sich aus insgesamt 20 Komponenten zusammen, die in monetarisierter Form vorliegen müssen.
- Basisgröße der Berechnung ist der private Konsum, der mit einem Maß für die Einkommensverteilung gewichtet wird.
- Darüber hinaus gehen Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten positiv in den NWI ein, ebenso ein Teil der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung.
- Es erfolgt eine Korrektur für das zeitliche Auseinanderfallen von Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter: Die Ausgaben für Gebrauchsgegenstände, welche länger als ein Jahr genutzt werden, werden im Jahr des Kaufs abgezogen; der Nutzen, den diese Güter stiften, wird dagegen in den Jahren hinzuaddiert, in denen sie gebraucht werden.
- Wohlfahrtsmindernde soziale und ökologische Aspekte werden im RWI abgezogen (insgesamt 14 Komponenten). Darunter fallen im sozialen Bereich unter anderem Kosten von Kriminalität und Verkehrsunfällen, im ökologischen Bereich Ausgaben für die Reparatur von Umweltschäden und Schadenskosten für Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung und CO₂-Emissionen.

Darüber hinaus werden Ersatzkosten für den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger und die Kosten der Atomenergienutzung berücksichtigt.

Eine tabellarische Übersicht der Komponenten des RWI findet sich im Anhang der Zusammenfassung. Grundannahmen, Datengrundlagen und die methodischen Arbeitsschritte werden in der vollständigen Studie ausführlich dargestellt. Die konzeptionellen Grundannahmen beruhen auf einer ganzheitlichen Sichtweise von wirtschaftlichem, natürlichem und sozialem Kapital als Bestandteil und Faktor für gesellschaftliche Wohlfahrt. Die Auswahl der Komponenten des Index erfolgte vor dem Hintergrund internationaler und nationaler Ansätze der Wachstums- und Wohlfahrtsmessung, nach Diskussionen mit Experten sowie aufgrund der Verfügbarkeit von Datengrundlagen und Zeitreihen. Die Komponenten des RWI entsprechen jenen des NWI 2.0; Landes- und Bundesebene sind somit prinzipiell vergleichbar.

Die Komponentenblätter in der vollständigen Studie geben vollständige Auskunft über die Datengrundlagen, welche der Berechnung der einzelnen Komponenten zugrunde liegen. Darüber hinaus werden dort die Rechenmethoden für die Komponenten und den RWI-TH insgesamt ausführlich dargestellt. Leitgedanke der methodischen Vorentscheidungen war eine „konservative Bilanzierung“, so dass beispielsweise Umweltschadenskosten vorsichtig veranschlagt werden. Die notwendigen normativen Entscheidungen, ohne die ein solcher Index nicht zu konstruieren wäre, können ebenfalls der Beschreibung der einzelnen Komponenten entnommen werden. Die Ergebnisse der Berechnung werden vor dem Hintergrund der jeweiligen Datengrundlage interpretiert und bewertet.

Insgesamt sind sich die Konstrukteure des NWI wie jedes RWI bewusst, dass es sich um ein wissenschaftliches Konstrukt handelt, dem eine ganze Reihe von normativen Entscheidungsprozessen zu Grunde liegt. Aber auch die traditionellen Kenngrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind gewissermaßen nicht vom aufgeklärten Himmel gefallen, sondern gleichfalls Resultat von Konventionen, einbezogenen Datengrundlagen und statistischer Interpretation. Immer handelt es sich nicht um „objektive“ sondern um „objektivierende“ Messinstrumente. Transparenz der Konstruktionsschritte und Nachvollziehbarkeit der Berechnungen sind deshalb unabdingbare Rahmenbedingungen, wenn es um „alternative“ Formen der Wohlfahrtsberichterstattung geht.

4. Fazit

Die Arbeit an der vorliegenden Studie hat gezeigt, dass der NWI 2.0 in der Berechnungsmethode, die für die Ebene der Bundesländer entwickelt und im Juni 2013 zuerst für Bayern vorgelegt wurde, auch auf Thüringen übertragen werden kann. Der RWI kann daher als ein neues Instrument gesellschaftli-

cher Berichterstattung die Diskussion um Wachstum und Wohlfahrt auf der föderalen Ebene unterstützen.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung von BIP und RWI in Thüringen ergibt sich eine Erkenntnis, die auch in den anderen Studien auf nationaler und regionaler Ebene sichtbar wurde: Eine Orientierung der Politik an alternativen Wohlfahrtsmaßen wie dem RWI würde zu anderen Schwerpunktsetzungen führen. Eine gerechtere Einkommensverteilung, Bildung und Gesundheit, der Zustand der Umwelt und der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen wären dann wesentliche Themenfelder, um die Wohlfahrt einer Gesellschaft zu verbessern. Insgesamt verlöre die traditionelle Orientierung, die zur Lösung ökologischer und sozialer Problemlagen primär auf Wachstum setzt, an Bedeutung.

Die Chance einer Neuorientierung besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass ökologische Schäden und soziale Schief lagen möglichst gar nicht erst entstehen. Auf diese Weise würden Folgekosten eingespart, die bislang kaum beachtet worden sind und die im Endergebnis nicht mehr im bisherigen Umfang anfallen würden. Zukünftige gesellschaftliche Wohlfahrt speist sich somit erstens aus Aktivitäten zur Förderung von ökonomischem Kapital, Sozialkapital und Naturkapital, und zweitens aus der Vermeidung bislang in Kauf genommener ökologischer und sozialer Folgekosten, die bislang zu drastischen Wohlfahrtsverlusten geführt haben.

Ein neues Instrument der volkswirtschaftlichen oder umweltökonomischen Gesamtrechnung kann seine Wirkung nur dann entfalten, wenn es über einen längeren Zeitraum regelmäßig vorgelegt wird. Dies sollte in Thüringen nun in der nächsten Zeit sowohl mit dem Indikatorenbericht der Nachhaltigkeitsstrategie als auch mit dem RWI geschehen. Damit würde es möglich, auch aktuelle Entwicklungen in den Berichterstattungssystemen zu spiegeln. Allerdings wäre es wünschenswert, die Datenlage auch in Thüringen weiter zu verbessern, unter anderem mit dem Ziel, bestimmte Daten häufiger und schneller zur Verfügung zu haben.

Außer durch seine erweiterte Sicht gegenüber dem Wachstumsparadigma wird der regionale Wohlfahrtsindex dann besonders hilfreich, wenn es gelingt, die Verbindungslinien zwischen RWI und konkreten politischen Maßnahmen sowie der Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftssektoren weiter herauszuarbeiten. Insgesamt zeigt sich, dass mit dem RWI die Entwicklung neuer Perspektiven möglich ist, die gleichwohl an derzeitige Strukturen und wirtschaftliche Entwicklungstrends anknüpfen müssen. Aufgabe einer zukunftsfähigen Politik wird daher sein, die langfristige Perspektive der gesellschaftlichen Wohlfahrt konstruktiv auf die kurzfristigen Gestaltungsaufgaben bei drängenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Aufgaben zu beziehen. Die Erhebung und Berechnung eines RWI kann hierzu einen empirischen Beitrag leisten.

Anhang: Übersicht der Einzelkomponenten des RWI

Nr.	Komponente	+ / -
1	Index der Einkommensverteilung	
2	Gewichteter privater Konsum	+
3	Wert der Hausarbeit	+
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5	Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+ / -
7	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	-
8	Kosten durch Verkehrsunfälle	-
9	Kosten durch Kriminalität	-
10	Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsums	-
11	Gesellschaftl. Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
12	Kosten durch Wasserbelastungen	-
13	Kosten durch Bodenbelastungen	-
14	Schäden durch Luftverschmutzung	-
15	Schäden durch Lärm	-
16	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen	+ / -
17	Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche	+/-
18	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	-
19	Schäden durch Treibhausgase	-
20	Kosten der Atomenergienutzung	-

PUBLIKATIONEN DER LANDTAGSFRAKTION

Faltblätter

- Faltblatt: Grüner leben – das Klima schützen
- Faltblatt: Grüner leben – Du bist, was du isst!
- Faltblatt: Grüner leben – Photovoltaik-Anlagen nutzen
- Faltblatt: Grüner leben – für längeres gemeinsames Lernen
- Faltblatt: Grüner leben – Hebammen braucht das Land!
- Faltblatt: Thüringentakt – Vom ICE zum Bürgerbus
- Faltblatt: Grüner leben – Gesundheit fördern
- Faltblatt: Thüringer Medienlandschaft
- Faltblatt: Gute Schule
- Faltblatt: Willkommenskultur leben
- Faltblatt: Die Mythen rund um den Euro
- Faltblatt: Kein Gift im Spielzeug

Broschüren

- Broschüre: Thüringer Stadtwerke
- Broschüre: Wählen mit 16
- Broschüre: Die Grüne Fraktion im Thüringer Landtag
- Broschüre: Gute Pflege

Dokumentationen

- Dokumentation: Alternativer Hochschulgipfel 2010
- Dokumentation: Klimakonferenz 2010 – Frischer Wind für Thüringen
- Dokumentation: Klimakonferenz 2011 – Wer A sagt, muss auch E sagen
- Dokumentation: Klimakonferenz 2012 – Biomasse
- Dokumentation: Klimakonferenz 2013 – Zeit für richtig guten Verkehr – Wie wollen wir uns künftig fortbewegen?

Studien

- Studie: Inklusion
- Studie: Gebietsreform
- Studie: Energiespeicher
- Studie: Peak Oil – Herausforderung für Thüringen
- Studie (Zusammenfassung): Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen 1999–2010
- Studie: Untersuchung zur Stromversorgung der Industriegroßfläche Erfurter Kreuz aus 100 % erneuerbarer Energien

Weitere

- Radwanderkarte: Grüner leben mit dem Thüringentakt

**Unsere Publikationen können Sie telefonisch, per Fax und per E-Mail bestellen.
Teilen Sie uns bitte mit, wenn Sie Informationsangebote vermissen!**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon 03 61/3772 670

Fax 03 61/3772 662

E-Mail info@gruene-fraktion.thueringen.de

RAUM FÜR IDEEN – Lob, Anregungen, Kritik:

Form area for feedback, consisting of a green header and a large light green box with horizontal dashed lines for text entry.

Mehr Infos unter:
www.gruene-fraktion.thueringen.de
www.gruenlink.de/phy



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN



Anja Siegesmund

Fraktionsvorsitzende

*Sprecherin für Soziales, Arbeit,
Familie, Gesundheit und Wirtschaft*

Telefon: 03 61/37 72 660

E-Mail: anja.siegesmund@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Muth

Referent für Grundsatzfragen und Wirtschaft

Telefon: 03 61/37 72 654

E-Mail: christian.muth@gruene-fraktion.thueringen.de

IMPRESSUM

Eine Publikation von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon 03 61/377 2670

E-Mail info@gruene-fraktion.thueringen.de

Internet www.gruene-fraktion.thueringen.de

Stand: März 2014. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfpzwecken verwendet werden.

Wir nutzen ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit.

Nachfragen oder Widersprüche an datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Karikatur: Klaus Stuttmann

Titelbild: Kathrin Uhlig

Diese Broschüre ist auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier (zertifiziert mit dem Blauen Engel) gedruckt.

